



SEITE 2
DGB-Chef Reiner Hoffmann über die Mitbestimmung der Zukunft

SEITE 3
Der Mindestlohn hat sich schon jetzt bewährt



SEITE 4/5
Fraktionsvize Carola Reimann im Interview

SEITE 6
Rekord-Entlastung: SPD-Fraktion stärkt die Kommunen



SEITE 7
Finanztransaktionssteuer würde Milliarden bringen

SEITE 8
#NeueGerechtigkeit – Projekt für eine bessere Zukunft

GUTE ARBEIT



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Ausgabe 3/2015

Die Arbeit von morgen gestalten

Die SPD-Fraktion stellt sich den Fragen der Zukunft – über den Koalitionsvertrag hinaus.

„Die Arbeit der Zukunft gestalten wir“ – das ist das Motto des DGB zum diesjährigen 1. Mai. Die SPD-Bundestagsfraktion steht dabei an der Seite der Gewerkschaften und Beschäftigten. Ihr Ziel ist es, das Leben der Menschen besser zu machen. Als treibende Kraft in der Großen Koalition sind die Sozialdemokraten diesem Ziel schon ein Stück näher gekommen. Allen voran mit der Einführung des Mindestlohns. Das Gesetz hat Millionen von Menschen eine Lohnerhöhung beschert und gleichzeitig die Tarifautonomie in Deutschland gestärkt.

Für starke Gewerkschaften

Es schafft damit die Rahmenbedingungen für starke Gewerkschaften. Es sei eine „der wichtigsten Sozialreformen in diesem Land in den letzten Jahrzehnten“, sagt DGB-Chef Reiner Hoffmann. Damit gute Arbeit zum Leitprinzip für Beschäftigung in Deutschland wird, wird sich die SPD-Fraktion noch in dieser Legislatur um die Bekämpfung des Missbrauchs bei Leiharbeit und Werkverträgen kümmern.

Ein zentraler Punkt bei der Gestaltung der Arbeitswelt ist zudem, wie wir Familie und Beruf miteinander in Einklang bringen können. Mit einer modernen Zeitpolitik will die SPD-Fraktion es Männern und Frauen ermöglichen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf partnerschaftlich zu regeln. Das ElterngeldPlus gibt jungen Eltern ab dem 1. Juli die Möglichkeit, flexibler mit ihrer Elternzeit umzugehen und sie mit einer Teilzeitarbeit zu kombinieren. Die beschlossene gesetzliche Frauenquote sorgt für mehr Gleichstellung von Frauen und Männern im Beruf. Zudem fordert die SPD-Bundestagsfraktion schon seit



Equal-Pay-Day 2015: Die SPD-Bundestagsfraktion demonstriert für die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern.

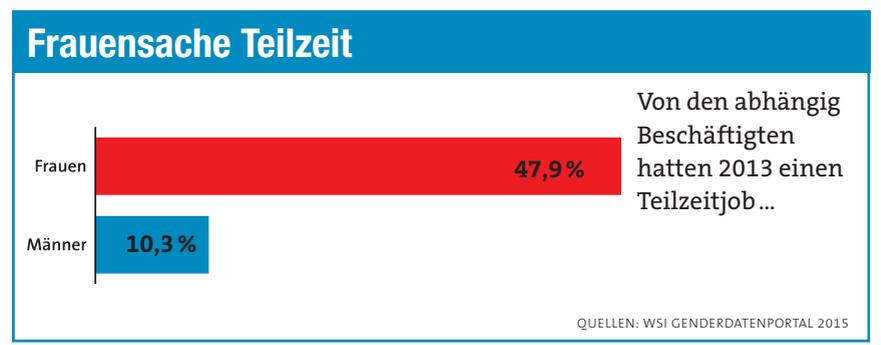
langem eine gesetzliche Regelung zur Entgeltgleichheit – und hat im Koalitionsvertrag erfolgreich ein entsprechendes Gesetz durchgesetzt.

Wandel gestalten

Diese Gesetze sind für die SPD-Fraktion die Grundlage, um den Blick auch über den Koalitionsvertrag hinaus zu richten. Gesellschaftliche Entwicklungen wie Digitalisierung, Globalisierung oder der demografische Wandel verändern unsere Art zu leben und zu arbeiten tiefgreifend. „Dieser Wandel lässt sich nicht aussitzen, aber er lässt sich gestalten“, sagt SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann. „Dank der sozialdemokratischen Reformen können wir diese neuen Gerechtigkeitsfragen aus einer Position der wirtschaftlichen Stärke heraus beantworten.“

In ihrem Projekt Zukunft #NeueGerechtigkeit stellt die SPD-Fraktion sich deshalb den Fragen von morgen. Die Sozialdemokraten suchen den Dialog – mit Gewerkschaften, Beschäftigten und all denjenigen, die sich für unsere Gesellschaft engagieren. Wie können wir Arbeitszeit über verschiedene Lebensphasen hinweg sinnvoll verteilen? Wie

profitieren Beschäftigte und Unternehmen von neuen Arbeitsmodellen, durch gute Arbeit, mehr Freiräume und bessere Planbarkeit? Wie schaffen wir es, dass Innovation und neue Technologien das Leben der Menschen verbessern? Das sind nur drei der Leitfragen, die die sechs Projektgruppen in den nächsten Monaten diskutieren. ■



Mehr Mitbestimmung für die Arbeit der Zukunft

Erfolge wie der Mindestlohn sind ein guter Grund zu feiern, aber kein Grund, sich auszuruhen. Ein Gastbeitrag vom DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann zum 1. Mai.

Am 1. Mai 1890 gingen in Deutschland erstmals hunderttausend Menschen auf die Straße, um für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Gerechtigkeit zu demonstrieren. Seit 125 Jahren haben die Gewerkschaften zahlreiche Erfolge durchgesetzt, wie den 8-Stunden-Tag, die 5-Tage-Woche, den Kündigungsschutz und mehr Mitbestimmung in den Betrieben. Der jüngste und historische Erfolg ist der Mindestlohn von 8,50 Euro. Diese Erfolge sind ein guter Grund zu feiern, wir sind stolz darauf. Aber sie sind kein Grund, sich auszuruhen.

Arbeit im Wandel

Die Arbeitswelt steht besonders durch die demographische Entwicklung und die Digitalisierung vor großen Veränderungen. In vielen Branchen und Betrieben zeichnen sie sich bereits ab: Wo Fachkräfte fehlen, kommt es zu Arbeitsverdichtungen. Die Digitalisierung führt zu räumlicher, zeitlicher und struktureller Entgrenzung – jeder kann von überall arbeiten und ist überall erreichbar. Mit den Möglichkeiten der digitalen Vernetzung – nicht nur national, sondern auch global – verändern sich Wertschöpfungsketten und Anforderungen an die Arbeitsgestaltung.

Gewerkschaften haben die großen strukturellen Veränderungen der Ver-

gangenheit immer konstruktiv begleitet. Wichtigstes Instrument dabei war der sukzessive Ausbau der Mitbestimmung, in den Betrieben, in den Aufsichtsräten, auf deutscher und internationaler Ebene.

Mitbestimmung ausbauen

Wer die Arbeit der Zukunft gestalten will, wie es der DGB in seinem Mai-Motto „Die Arbeit der Zukunft gestalten wir!“ beansprucht, muss die Mitbestimmung weiter ausbauen. Alters- und altersgerechtes Arbeiten erfordert eine aktive Einbeziehung aller Beschäftigten eines Betriebes. Die Digitalisierung mit ihren Anforderungen an dauerhafte statt einmalige Qualifizierung, mit ihren erhöhten Leistungszielen, der neuen Arbeitszeitsouveränität und der Auftragsvergabe nicht mehr an Individuen, sondern immer häufiger an ein Heer an Selbstständigen (Crowdsourcing) im In- und Ausland, muss mit passenden Interessensvertretungsstrukturen begleitet werden.

Mehr Mitbestimmung schafft Vertrauen in die veränderte Arbeitswelt, in ihre Chancen und Risiken. Wandel, vor allem ein so grundlegender, wie er zu erwarten ist, geht nur mit Beteiligung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Der Politik kommt dabei



DGB-Chef Reiner Hoffmann.

eine tragende Rolle zu: Sie setzt die Rahmenbedingungen für die Mitbestimmung der Zukunft.

Wir brauchen eine breite Debatte

Doch was die Gewerkschaften derzeit erleben, ist nicht eine breite politische Debatte über erweiterte und verbesserte Mitbestimmungsrechte, sondern der mitbestimmungspolitische Stillstand. Hinzu kommen Arbeitgeber, die ausgerechnet in einer konjunkturell günstigen Zeit sich jedem Fortschritt

verweigern und stattdessen ein „Belastungsmoratorium“ fordern – obwohl die Erfahrung der Finanzkrise von 2007/2008 deutlich gezeigt hat, dass die Mitbestimmung grundlegend zur Krisenbewältigung beitragen kann. Das ist der falsche Kurs, der Stillstand muss beendet werden.

Die 125 Jahre 1. Mai sind auch 125 Jahre Erfolgsgeschichte der Mitbestimmung. Daran wollen wir festhalten, und dafür müssen wir streiten – gemeinsam.“ ■

Arbeitszeitdokumentation – so geht's (FAQ)

Warum ist die

Arbeitszeitaufzeichnung wichtig?

Die Aufzeichnung der Arbeitszeit stellt sicher, dass der Mindeststundenlohn von 8,50 Euro tatsächlich für jede Arbeitsstunde bezahlt wird.

Was muss erfasst werden?

Erfasst werden müssen Beginn und Ende der Arbeitszeit (für jeden Arbeitstag). Außerdem die Dauer der täglichen Arbeitszeit, also die geleisteten Stunden abzüglich Pausenzeiten. Die konkrete Dauer und Lage der Pausen müssen aber nicht aufgezeichnet werden.

Was ist bei der Arbeitszeitaufzeichnung noch zu berücksichtigen?

Die Erfassung kann handschriftlich oder maschinell erfolgen – und zwar

spätestens nach einer Woche. Unterschriften von Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerseite sind nicht erforderlich. Dass die Liste korrekt ist, hat der Arbeitgeber sicherzustellen. Das Dokument verbleibt beim Unternehmen, muss mindestens zwei Jahre aufbewahrt und bei einer Kontrolle durch den Zoll vorgezeigt werden.

Wer musste bisher die Arbeitszeit erfassen?

Die Dokumentation war bereits vor Inkrafttreten des Mindestlohngesetzes weit verbreitet und in betriebliche Abläufe integriert. Arbeitsstunden an Sonn- und Feiertagen mussten branchenübergreifend notiert werden. Auch in Branchen, die bereits einen Mindestlohn hatten, ist es für den Arbeitgeber

normal, Beginn, Ende und Dauer der täglichen Arbeitszeit aufzuzeichnen. Die gleiche Aufzeichnungspflicht bestand zudem schon für Wintergeld- und Saison-Kurzarbeitergeld.

Wo ist die Arbeitszeiterfassung neu?

Neu hinzugekommen sind durch das Mindestlohngesetz Dokumentationspflichten in folgenden Bereichen: Bei geringfügig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit der Ausnahme von allen Minijobbern in privaten Haushalten. Außerdem bei Beschäftigten der im Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz genannten Wirtschaftsbereiche, die nicht schon vorher dazu verpflichtet waren. Zu den betroffenen Branchen zählen

das Baugewerbe, Gaststätten und Herbergen, das Personenbeförderungsgewerbe, Schaustellergewerbe, der Speditions-, Transport- und Logistikbereich, Unternehmen der Forstwirtschaft, Gebäudereinigung, Messebau und Fleischwirtschaft.

Ausgenommen von dieser neuen Regelung sind alle Beschäftigten, die ein verstetigtes, regelmäßiges monatliches Entgelt über dem Schwellenwert von 2958 Euro beziehen und deren Arbeitgeber ihren (Grund-)Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten nach dem Arbeitszeitgesetz nachkommen. ■

100 Tage Mindestlohn sind 100 Tage Fortschritt

Schon jetzt ist klar: Der Mindestlohn hat sich bewährt. Die befürchteten negativen Folgen bleiben aus.

Neue Regierungen bekommen in der Regel 100 Tage Zeit, um sich zu bewähren. Auch die meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten nach den ersten drei Monaten im neuen Beruf ein erstes Feedback. Wenn diese Regel auch für Gesetze gelten würde, hätte sich das Gesetz zur Einführung des Mindestlohns mehr als bewährt.

Keine Arbeitsplatzverluste, keine großen Preiserhöhungen, dafür mehr Lohn für Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. „100 Tage Mindestlohn bedeuten 100 Tage arbeitsmarktpolitischen Fortschritt“, bringt es die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Katja Mast auf den Punkt. Die Bevölkerung sieht es ähnlich: Laut einer aktuellen Umfrage von infratest dimap befürworten fast 86 Prozent der Deutschen die gesetzliche Lohnuntergrenze.

Keine Arbeitsplatzverluste

Von den Schreckensszenarien, die die Mindestlohngegner monatelang an die Wand gemalt haben, ist nicht viel übrig geblieben. Bis zu 900.000 Arbeitsplätze würde die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns kosten, hatten wirtschaftsnahe Forschungsinstitute noch 2014 prognostiziert. Die Realität: Im März 2015 ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland auf ein 24-Jahres-Tief gesunken. „Die ordnungspolitische Kernschmelze, die einige Ökonomen befürchtet haben, ist nicht eingetreten“, sagt der Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Joachim Möller,



Seit dem 1. Januar haben Beschäftigte in Deutschland Anspruch auf einen Stundenlohn von mindestens 8,50 Euro.

im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. Noch nicht einmal ein berichtenswerter Störfall bei den normalen Beschäftigungsverhältnissen sei erkennbar.

Große Preiserhöhungen bleiben aus

Auch zu den befürchteten umfassenden Preiserhöhungen ist es nach Einführung des Mindestlohns nicht gekommen. „Die Einführung des Mindestlohns hat nicht zu Preiserhöhungen auf breiter Front geführt, die wirklich bei den Menschen ein Loch in die Tasche reißen würden“, sagt Konjunktexperte Ferdinand Fichtner vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Damit sei auch nicht mehr zu rechnen.

Da der Preis die erste Möglichkeit ist, auf den Mindestlohn zu reagieren, hält Fichtner die Preisreaktion schon für abgeschlossen.

Dafür gibt der Mindestlohn vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Möglichkeit, von ihrem Lohn leben zu können.

In vielen Restaurants, Hotels oder Pizzaketten seien die Löhne mit dem Jahreswechsel sprunghaft spürbar gestiegen, sagt die Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) Michaela Rosenberger. „Millionen Menschen profitieren vom Mindestlohn“, sagt auch DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell. Er habe die Arbeitswelt in Deutschland gerechter gemacht.

Mindestlohn ist gut für die Kaufkraft

Für Katja Mast bringt der Mindestlohn zudem auch klare wirtschaftliche Vorteile mit sich. Denn der Einzelhandel profitiere durch die gestiegene Kaufkraft vom Mindestlohn. „Wer Vollzeit arbeitet, soll auch davon leben können: Dies ist ein zentraler Grundsatz sozialer Marktwirtschaft und spart im Übrigen auch allen Steuerzahlern viel Geld.“

Für die SPD-Fraktion ist klar: Trotz anhaltender Kritik hat sich der Mindestlohn schon jetzt bewährt. „Es wird Zeit, dass diese Vorteile und die starke Befürwortung des Mindestlohns in der Bevölkerung von allen anerkannt und respektiert werden“, sagt Katja Mast. ■

Editorial

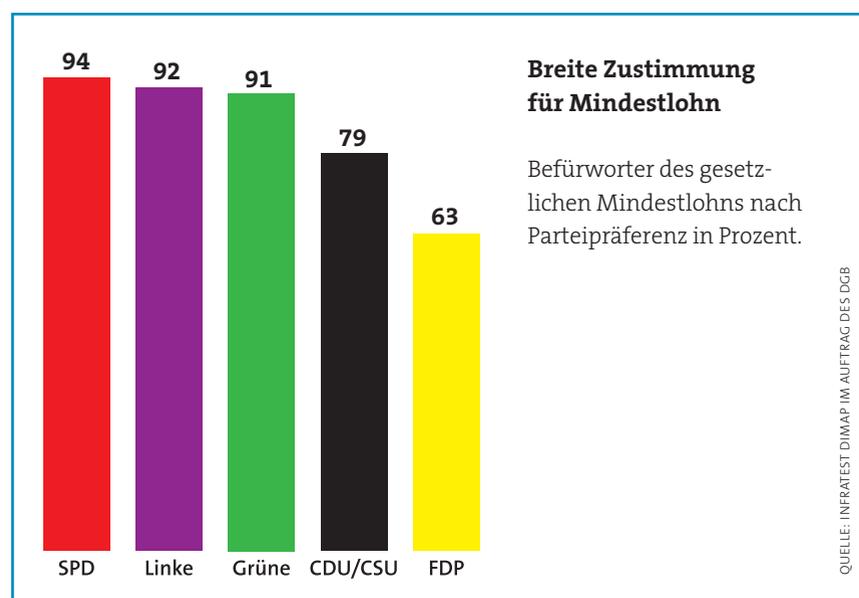


Thomas Oppermann, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

Liebe Leserinnen und Leser,

Deutschland steht vor neuen Herausforderungen. Die Digitalisierung, die Globalisierung und der demographische Wandel verändern die Art und Weise, wie wir künftig leben, lernen und arbeiten. Deshalb haben wir in der SPD-Bundestagsfraktion einen Dialog gestartet: In den kommenden Monaten wollen wir Antworten auf zentrale Zukunftsfragen erarbeiten. In sechs Projekten diskutieren wir im Projekt Zukunft #NeueGerechtigkeit mit Menschen aus vollkommen unterschiedlichen Lebenswelten die wichtigsten Fragen.

Das Projekt #NeueZeiten widmet sich ganz speziell den neuen Anforderungen, die an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestellt werden. Immer seltener verlaufen die Erwerbsbiografien geradlinig. Durch Computer und Smartphones sind wir zwar ständig erreichbar, gleichzeitig verwischen bei vielen Beschäftigten aber die Grenzen zwischen Job und Privatleben. Das Beispiel Smartphones zeigt: Es macht unsere Arbeitszeit flexibler, gleichzeitig bestimmt es zunehmend unser Leben. Unternehmen und Gesetzgeber müssen auf diese veränderte Realität reagieren. Wir müssen gewährleisten, dass mehr Flexibilität den Menschen dient und zu einem Mehr an Selbstbestimmung beim Arbeiten führt und nicht das Gegenteil bewirkt: permanente Unsicherheit, Dauerstress oder gesundheitliche Probleme. Mit dem Mindestlohn haben wir einen Meilenstein für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gesetzt. Die Löhne gehen durch gute Tarifabschlüsse nach oben. Jetzt arbeiten wir daran, dass unsere Absicherungen im Arbeits- und Sozialrecht an die neuen Arbeits- und Lebensmodelle angepasst werden. Wir denken heute darüber nach, wie die Beschäftigten auch morgen die Autonomie über ihr Leben und Arbeiten wahren können. ■





»Es ist unsere Aufgabe, den Wandel der Arbeitswelt zu gestalten«

Der 1. Mai ist alles andere als langweilig oder überholt, sagt Carola Reimann. Es sei der Tag, an dem für gute Arbeit gekämpft wird. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende erklärt im Interview, wie die SPD-Fraktion die Arbeit der Zukunft gestalten will.

Dank der SPD-Fraktion hat die Koalition gerade im Bereich der Arbeitsmarktpolitik schon sehr viele Reformen umgesetzt und damit auch zentrale Forderungen der Gewerkschaften erfüllt. Droht dieses Jahr beim 1. Mai Langeweile?

Sicher nicht! Für die Rechte der arbeitenden Menschen zu kämpfen, ist und bleibt eine wichtige und spannende Aufgabe.

Der 1. Mai ist ein traditionsreicher Tag, der aber nicht dafür da ist, alte Rituale wieder aufleben zu lassen. Es gilt vielmehr, den Blick in die Zukunft zu richten. Dafür steht auch das diesjährige Motto.

„Für die Rechte der arbeitenden Menschen zu kämpfen, ist und bleibt eine wichtige Aufgabe“

Das Motto des 1. Mai ist „Die Arbeit der Zukunft gestalten wir“. Worauf kommt es dabei aus Ihrer Sicht an?

Die Arbeitswelt ändert sich rasant. Das ist mit vielen positiven Entwicklungen verbunden, aber auch mit großen Her-

ausforderungen. Ich sehe es als unsere Aufgabe an, diesen Wandel gemeinsam mit den Sozialpartnern zu gestalten. Gerade was den Komplex Arbeitsstress, Verfügbarkeit, Gesundheit am Arbeitsplatz betrifft, gibt es eine Menge zu tun. Die Belastungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind andere als noch vor zwanzig Jahren, aber sie sind nicht geringer geworden. Deshalb ist der 1. Mai alles andere als langweilig oder überholt. Es ist der Tag, an dem für gute Arbeit gekämpft wird, und das ist heute genauso wichtig wie in den Jahrzehnten zuvor.

Welche Rolle spielen Familien- und Gleichstellungspolitik für die Arbeit der Zukunft?

„Die Belastungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind andere als noch vor zwanzig Jahren“

Eine ganz zentrale Rolle, denn bei der Arbeit der Zukunft geht es vor allem um die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie, Freizeit und Beruf. Gerade die mittlere Generation zwischen 30 und 50 Jahren übernimmt besonders viel Verantwortung – im Beruf, für die Kinder und für die pflegebedürftigen Eltern.

Wir müssen dafür sorgen, dass sie diesen Spagat besser bewältigen können. Einen ersten Schritt haben wir mit dem Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf gemacht. Weitere Schritte werden folgen, zum Beispiel mit den von Manuela Schwesig vorgeschlagenen Familienarbeitszeiten, die beiden Partnern Raum für Familie und Karriere lassen.

Das hilft im Übrigen nicht nur den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, sondern auch den Unternehmen. Moderne Wirtschaftspolitik sucht nach Wegen, wie wir Fachkräfte halten und gewinnen können. Und das geht nur, wenn wir Zeitkonflikte der Beschäftigten ernst nehmen und uns um Lösungen bemühen.

Stichwort Familien: Das ElterngeldPlus schafft jungen Eltern mehr zeitliche Flexibilität. Jetzt will die Koalition Familien auch finanziell entlasten. Wie sehen die Pläne aus?

Familien brauchen Zeit, Infrastruktur und Geld! Alle drei Aspekte gehören zusammen und machen nur im Zusammenspiel eine gute Familienpolitik aus. In Sachen Zeitpolitik sind wir auf einem guten Weg. Mit dem ElterngeldPlus und der Familienpflegezeit wollen wir Eltern mehr Spielräume zur Gestaltung ihres Lebens geben.

Auch beim Kitausbau haben wir enorme Fortschritte erzielt, wenn-

„Familien brauchen Zeit, Infrastruktur und Geld!“

gleich bei Betreuungsqualität noch viel zu tun ist. Bleibt noch die finanzielle Seite. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben von Anfang an klar gemacht, dass wir nicht nur den Kinderfreibetrag anheben wollen. Wir setzen auf ein Gesamtpaket, das vor allem dort wirkt, wo finanzielle Unterstützung besonders benötigt wird. Deshalb haben wir uns für die Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderzuschlags für Familien mit niedrigen Erwerbseinkommen stark gemacht. Beides wird nun kommen. Ganz besonders freue ich mich, dass wir uns nun auch mit der Forderung nach einer stärkeren Entlastung für Alleinerziehende durchsetzen konnten. Mit Wirkung zum 1. Januar 2015 wird der Entlastungsbetrag von 1308 auf 1908 Euro angehoben.

„Unser Ziel ist die Stärkung der Tarifautonomie“

Im Gewerkschaftslager wird derzeit über das Thema Tarifeinheit gestritten. Warum brauchen wir hier ein Gesetz?

Unser Ziel ist hier, wie schon beim Tarifpaket, die Stärkung der Tarifautonomie. Es geht letztlich darum, zu dem bewährten Rechtszustand zurückzukehren, der vor dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts 2010 galt. Es geht hier also nicht um einen Angriff auf kleine Gewerkschaften. Diese gab es schon vor 2010 und diese wird es auch in Zukunft geben.

Und selbstverständlich tasten wir weder das Streikrecht noch die Koalitionsfreiheit an. Wir wollen wieder einen klar definierten Ordnungsrahmen schaffen, der der Entsolidarisierung und der Zersplitterung von Teilen der Arbeitnehmerschaft entgegen wirkt. Das ist wichtig, denn sonst laufen wir Gefahr, dass unser sozialpartnerschaftlich geprägtes Erfolgsmodell in Frage gestellt wird.

Der Mindestlohn ist jetzt seit über 100 Tagen in Kraft – und ebenso lange wird er von den Gegnern kritisiert. Wie fällt Ihre Bilanz aus?

Der Mindestlohn ist eine Erfolgsgeschichte. Für rund 3,7 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedeutet er endlich eine angemessene Anerkennung ihrer geleisteten Arbeit, und er macht Schluss mit dem unfaireren Unterbietungswettbewerb auf Kosten der Beschäftigten. Nach 100 Tagen zeigt sich: Die Horrorszenarien, die von Teilen der Arbeitgeber und der Union seit Wochen und Monaten gebetsmühlenartig wiederholt wurden, sind nicht eingetreten.

„Die Angriffe gegen Kontrollen und Dokumentation zielen in Wirklichkeit gegen den Mindestlohn selbst“

Vielmehr hat sich für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Einkommenssituation und damit die Lebensqualität ein ganzes Stück verbessert.

„Ein Mindestlohn, der nicht effektiv kontrolliert wird, ist wirkungslos.“

Kritisch zu Wort melden sich jetzt wieder die alten Bekannten, nämlich diejenigen, die schon immer gegen den Mindestlohn waren. Jetzt haben sie die Bürokratiekeule aus der Ecke geholt. Die Angriffe gegen Kontrollen und Dokumentation zielen in Wirklichkeit gegen den Mindestlohn selbst. Denn ein Mindestlohn, der nicht effektiv kontrolliert wird, ist wirkungslos. Das werden wir nicht zulassen. Wir werden dafür sorgen, dass der so erfolgreich gestartete Mindestlohn auch weiterhin effektiv kontrolliert wird.

Als nächstes großes Vorhaben in der Arbeitsmarktpolitik steht die Bekämpfung von Missbrauch bei Leiharbeit und Werkverträgen an. Wie sehen die Pläne aus und wie ist hier der aktuelle Stand?

Seit vielen Jahren beobachten wir, dass es bei Leiharbeit und Werkverträgen Missbrauch gibt. In der Fleischindustrie beispielsweise hat es massenhaft Missbrauch von Werkverträgen gegeben. Dem muss ein Riegel vorgehoben werden.

Wir haben im Koalitionsvertrag mit der Union vereinbart, rechtswidrige Vertragskonstruktionen bei Werkverträgen zulasten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu verhindern. Deshalb wird es künftig gesetzlich festgelegte Kriterien für die Abgrenzung zwischen ordnungsgemäßem Fremdpersonaleinsatz und missbräuchlichem Fremdpersonaleinsatz geben. Darüber hinaus werden Betriebsratsgremien künftig besser informiert und die Kontrollen verstärkt.

Bei der Leiharbeit müssen Leiharbeiter künftig nach neun Monaten wie das Stammpersonal bezahlt werden. Die Höchstüberlassungsdauer beträgt künftig 18 Monate. Das gesamte Gesetzespaket werden wir nun zügig auf den Weg bringen. ■

„Dem Missbrauch bei Leiharbeit und Werkverträgen werden wir einen Riegel vorschieben“

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de



Will nach der Einführung des Mindestlohns jetzt gegen Missbrauch bei Werkverträgen und Leiharbeit vorgehen: Carola Reimann.

Zur Person

Carola Reimann (47) sitzt seit dem Jahr 2000 für die SPD im Bundestag, seit 2002 als direkt gewählte Abgeordnete ihres Braunschweiger Wahlkreises.

Zwischen 2005 und 2009 war die promovierte Biotechnologin Sprecherin der SPD-Fraktion für Gesundheit und von 2009 bis 2013 Vorsitzende des Gesundheitsausschusses.

Im Dezember 2013 hat die SPD-Fraktion Carola Reimann zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Als solche ist sie zuständig für die Bereiche Arbeit und Soziales, Familie, Senioren, Frauen und Jugend. ■

Meldungen

Flächendeckende Versorgung sichern

Zahlreiche Ärzte und Fachärzte sind in Deutschland vor allem in Gegenden mit guter Lebensqualität vertreten – besonders in Großstädten und Gebieten mit hohem Durchschnittsverdienst. Ländliche Regionen und Vorstädte mit schlechterer sozialer Lage sind dagegen weniger attraktiv für Mediziner.

Union und SPD hatten sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt, die gesundheitliche Versorgung für gesetzlich Versicherte insgesamt verbessern zu wollen. Dazu hat die Bundesregierung jetzt einen Gesetzentwurf zur Stärkung der Versorgung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-VSG) in den Bundestag eingebracht.

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Karl Lauterbach hält es für sinnvoll, dass Arzt-sitze in „überversorgten“ Gebieten von den Kassenärztlichen Vereinigungen aufgekauft werden, um sie in schlecht versorgte Gebiete zu verlagern. Darüber sollen Ärzte und Krankenkassen vor Ort entscheiden. Außerdem sollen Servicestellen eingerichtet werden, die innerhalb von vier Wochen Facharzttermine für gesetzlich Versicherte koordinieren sollen.

Zusätzlich werde mit dem Gesetzentwurf eine Reform des Medizinstudiums angegangen, und es werde bei der Krankenhausfinanzierung einiges neu geregelt, sagt die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Hilde Mattheis. ■

Rekord-Entlastung: SPD-Fraktion stärkt die Kommunen

Mit einem Investitionsprogramm entlastet die Koalition die Kommunen um Milliarden und sichert ihre Handlungsfähigkeit.

Bessere Schulen, intakte Straßen, eine gute Kinderbetreuung und schnelles Internet – wir erwarten eine hohe Lebensqualität in unserem direkten Umfeld. Viele Städte und Gemeinden sehen sich aber nicht mehr imstande, diese Aufgaben zu erfüllen.

„Für uns hat die Zukunftsfähigkeit der Kommunen einen besonders hohen Stellenwert“, sagt SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann. Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb schon im Koalitionsvertrag durchgesetzt, dass die Kommunen in dieser Legislaturperiode deutlich finanziell entlastet und ihre Handlungsspielräume erhöht werden. Jetzt hat die Koalition ein massives Investitionspaket mit weiteren Entlastungen insbesondere finanzschwacher Kommunen beschlossen.

Höhere kommunale Entlastung

Mit Erfolg hat sich die SPD-Fraktion dafür eingesetzt, dass die Entlastung der Kommunen bereits 2017 um weitere 1,5 Milliarden Euro auf insgesamt 2,5 Milliarden Euro steigt. 2018 wird sie mit 5 Milliarden Euro ihre volle Höhe erreichen. Durch die zusätzliche Entlastung werden weitere Spielräume für kommunale Investitionen geschaffen.

Unterstützung für finanzschwache Kommunen

Um die Investitionskraft finanzschwacher Städte und Gemeinden zu stärken, wird ein kommunaler Investitionsfonds von 3,5 Milliarden Euro auf-



Dank SPD-Fraktion geht es den Kommunen finanziell bald besser.

gelegt. Die Mittel werden bis 2018 zielgenau in Abhängigkeit von Arbeitsmarktsituation, Kassenkredit und Bevölkerungszahl ausgeschüttet. Damit sorgt die Koalition dafür, dass auch Kommunen mit angespannter Kassenlage in ihre wirtschaftliche Zukunft investieren können.

„Es ist gut, dass mit dem Investitionsprogramm gezielt finanzschwache Kommunen gefördert werden. Damit kommen wir der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, die durch die Entwicklung der vergangenen Jahre immer weiter abgenommen hat, einen Schritt näher“, sagt der kommunalpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Bernhard Daldrup.

Mehr Mittel für Infrastruktur

Die Investitionen in die Verkehrswege und in ein schnelles Internet werden nochmals deutlich um über 4,3 Milliarden Euro aufgestockt. Die Erlöse aus der Versteigerung von Frequenzen werden zudem für den Breitbandausbau genutzt.

Unterm Strich erhöht die Koalition die Mittel für Investitionen in die Infrastruktur doppelt so stark, wie ursprünglich im Koalitionsvertrag vorgesehen.

Höhere Investitionen

Die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz wird mit zusätzlichen 1,2 Milliarden Euro vorangetrieben. Die Mittel für den Klima- und Hochwasserschutz sowie den

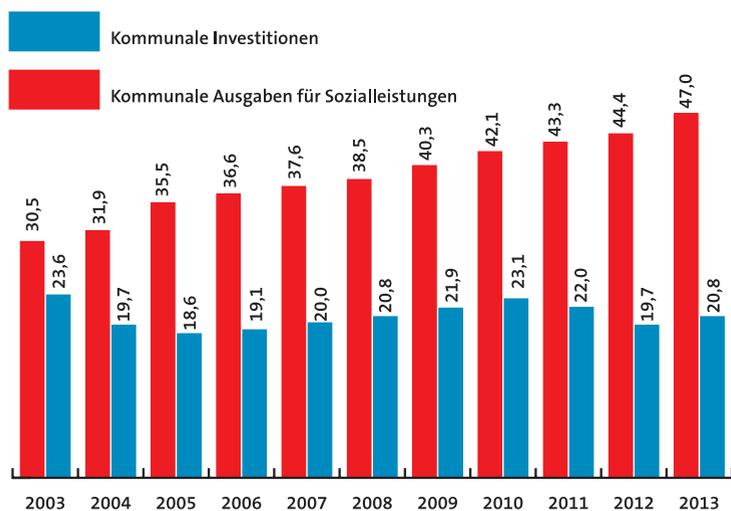
Städtebau werden um über 1 Milliarde Euro aufgestockt.

Hilfe bei Flüchtlingsaufnahme

Zahlreiche Kommunen stellt die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen vor enorme Herausforderungen. „Ich bin der Meinung, dass die Aufnahme von Flüchtlingen als Folge internationaler Konflikte eine nationale Aufgabe ist“, sagt Thomas Oppermann. An den Kommunen dürften die Kosten dafür nicht hängen bleiben. Die SPD-Fraktion hat schon Ende November in einem Aktionsprogramm zur Flüchtlingspolitik durchgesetzt, dass der Bund für 2015 und 2016 insgesamt 1 Milliarde Euro bereitstellt. Das Geld soll den Kommunen helfen, die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern zu schultern.

Jüngste Zahlen verdeutlichen allerdings, dass diese Summe nicht ausreichen wird. Deshalb setzt sich die SPD-Fraktion perspektivisch dafür ein, dass der Bund die vollen Kosten für Unterbringung von Flüchtlingen übernimmt. Bis zum Sommer will die Koalition regeln, wie die weitere Unterstützung im Detail aussehen kann. Die finanzielle Entlastung sei auch nötig, um das positive zivilgesellschaftliche Engagement zu fördern, betont Bernhard Daldrup. „Angesichts der vielerorts prekären Finanzlage der Kommunen droht ansonsten erheblicher sozialer Sprengstoff.“ ■

Kommunale Ausgaben für soziale Leistungen und Investitionen in Milliarden Euro (ohne Stadtstaaten).



Mehr Geld für Familien und Alleinerziehende

Dank SPD-Fraktion kommen steuerliche Entlastungen auch bei Alleinerziehenden und Familien mit kleinem Einkommen an.

Die Koalition will Familien künftig besser finanziell unterstützen.

Demnach soll der steuerliche Kinderfreibetrag zum 1. Januar 2015 von 4368 Euro auf 4512 Euro steigen. Eine weitere Erhöhung soll dann zum 1. Januar 2016 erfolgen. Diese Erhöhung ist geboten, um verfassungsrechtliche Vorgaben zu erfüllen.

Entlastungen auch für geringe Einkommen

Für die SPD-Fraktion steht allerdings fest: Es darf nicht sein, dass die Entlastung von Familien mit schwächeren Einkommen hinter der für hohe Familieneinkommen zurückbleibt. Die finanzielle Unterstützung von Familien muss dort ankommen, wo sie wirklich gebraucht wird: Bei Familien mit niedrigem Einkommen und Alleinerziehenden.

Deshalb haben die Sozialdemokraten durchgesetzt, dass parallel zum Kinderfreibetrag auch das Kindergeld für 2015 und 2016 sowie der Kinderzuschlag steigen. „Mit der Kindergelderhöhung können wir 17 Millionen Kinder besser unterstützen und mit dem Kinderzuschlag werden wir 45.000 Kinder zusätzlich aus der Armut holen“, sagte Familienministerin Manuela Schwesig.



Das jetzt beschlossene Gesamtpaket kommt allen Familien zugute.

Auch Alleinerziehende entlasten

Außerdem haben sich die Koalitionsfraktionen auf Druck der SPD-Fraktion darauf geeinigt, auch den steuerlichen Entlastungsbetrag für die über 1,6 Millionen Alleinerziehenden in Deutschland um 600 Euro zu erhöhen. Das heißt: Künftig können 1.908 Euro für das erste Kind vom zu versteuernden Einkommen abgezogen werden. Für jedes weitere Kind kommen jeweils 240 Euro Entlastung oben drauf. Mit der neuen Regelung hat eine Mutter oder ein Vater mit mittlerem Einkommen und zwei

Kindern künftig rund 200 Euro jährlich mehr in der Haushaltskasse.

Die Sozialdemokraten haben immer ein Gesamtpaket zur Entlastung von Familien gefordert, betont Sönke Rix, der familienpolitische Sprecher der SPD-Fraktion. „Mit der Erhöhung des Kindergeldes, des Kinderfreibetrages, des Kinderzuschlags und dem jetzt vereinbarten deutlichen Plus für Alleinerziehende haben wir ein Gesamtpaket für Familien, das sich sehen lassen kann.“ ■

www.spdfraktion.de

Meldungen

Prävention stärken

In unserer alternden Gesellschaft sind Gesundheitsförderung und Prävention wichtiger denn je. Der Bundestag hat deshalb jetzt in erster Lesung den Entwurf für ein Präventionsgesetz der Bundesregierung beraten. Mit dem Gesetz sollen Gesundheitsförderung und Prävention besser unterstützt und finanziert werden.

Ziel des Gesetzes ist es, Krankheiten zu vermeiden, bevor sie entstehen, oder sie in ihrem Verlauf positiv zu beeinflussen. Dafür sollen Prävention und Gesundheitsförderung in allen Lebensbereichen erfolgen: in Kitas, Schulen, im Betrieb oder Pflegeheim. Arbeitsschutz und betriebliche Gesundheitsvorsorge sollen enger miteinander verknüpft werden, Früherkennungsuntersuchungen fortentwickelt und das Impfwesen gefördert werden. Konkret sieht der Gesetzentwurf vor, dass Krankenkassen mindestens 2 Euro jährlich für jeden Versicherten ausgeben müssen, um Betriebe bei der Gesundheitsförderung zu unterstützen. Insgesamt sollen die Krankenkassen von 2016 an mindestens 7 Euro jährlich pro Versicherten für Gesundheitsförderung und Prävention ausgeben. Künftig sollen zudem Pflegebedürftige, die in Pflegeheimen wohnen, Anspruch auf Präventionsleistungen erhalten. ■

Finanztransaktionssteuer bringt Milliarden



Die SPD-Bundestagsfraktion kämpft weiter für eine länderübergreifende Finanztransaktionssteuer.

Mit ihr sollen börsliche und außerbörsliche Finanztransaktionen besteuert werden. Eine von der SPD-Fraktion in Auftrag gegebene Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW) zur Finanztransaktionssteuer liefert jetzt weitere Argumente für ihre Einführung. Demnach würde die Steuer für Deutschland Steuereinnahmen zwischen 18 und 44 Milliarden Euro bringen – bei Steuersätzen von 0,1 Prozent für Wertpapiere und 0,01 Prozent für Derivate.

Von zentraler Bedeutung ist für die Forscher dabei die Besteuerung von Finanzderivaten, also Termingeschäften auf Basis von Wertpapieren oder Krediten, die mit Hilfe des Internets in

Sekunden gehandelt werden können. Sie haben einen hohen Einfluss auf die weltweiten Finanzmärkte. Werden Finanzderivate nicht besteuert, würde das Aufkommen der Steuer in Deutschland um mehr als 90 Prozent zurückgehen.

Steuer schafft Gerechtigkeit

Kritisch sehen die Forscher zudem ein Stufenmodell, in dem mit zeitlichem Abstand erst nach und nach Finanzprodukte in die Steuer einbezogen werden. Eine solche stufenweise Vorgehensweise würde zu Ausweichreaktionen einladen und sowohl das Aufkommen als auch die Lenkungswirkung der Steuer in starkem Maße schmälern. Klar ist: Neben mehr Einnahmen würde die Steuer zu mehr Gerechtigkeit führen und endlich die-

jenigen an den Kosten der Finanzkrise beteiligen, die sie mitverursacht haben.

„Wir brauchen die Finanztransaktionssteuer, die in einem Schritt mit umfassendem Geltungsbereich und niedrigem Steuersatz eingeführt wird“, sagt der stellvertretende finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Carsten Sieling. Die Steuer sei und bleibe ein wesentliches gemeinsames Projekt der europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten.

Für die SPD-Fraktion ist klar: Bundesfinanzminister Schäuble (CDU) muss jetzt den neuen Schwung nutzen und unverzüglich die Chancen auf eine Einigung in Europa ausloten. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

#NeueGerechtigkeit

Projekt für eine gute Zukunft

Neue Zeiten erfordern neue Ideen: In sechs Projektgruppen sucht die SPD-Fraktion Antworten auf die Fragen von morgen.



Martin Rosemann

Projekt #NeueZeiten
Arbeits- und Lebensmodelle im Wandel
Projektleiter: Martin Rosemann,
Stellvertreterin: Ulrike Bahr

Wie kann eine neue Balance zwischen beruflicher Flexibilität und Zeit fürs Privatleben aussehen? Wie können wir Arbeitszeit über verschiedene Lebensphasen hinweg sinnvoll verteilen, so dass Beschäftigte und Unternehmen gemeinsam davon profitieren? Das sind nur zwei der Leitfragen, mit denen sich die Projektgruppe in den nächsten Monaten beschäftigen wird.

#NeueZeiten – das bedeutet, dafür Sorge zu tragen, dass Beschäftigte, egal ob Angestellte oder Selbstständige, die Autonomie über ihr Leben bewahren und sie am Arbeitsmarkt vor Ausbeutung geschützt sind. ■



Christina Kampmann

Projekt #NeuesMiteinander
Einwanderungsland Deutschland
Projektleiterin: Christina Kampmann
Stellvertreter: Karamba Diaby

Deutschland wäre ohne Einwanderinnen und Einwanderer ein wirtschaftlich und kulturell ärmeres Land. Die Projektgruppe stellt die Frage nach einem modernen Einwanderungsrecht. Dabei geht es unter anderem um die Fragen, wie neu ankommende Einwanderer besser und schneller integriert werden können und wir den schon hier lebenden Einwanderern bessere Chancen bieten können.

#NeuesMiteinander heißt, darauf hinzuarbeiten, dass wirklich alle an dieser Gesellschaft teilhaben können und auch Migranten und ihre Kinder bei der Bildung und dem Arbeitsmarkt die gleichen Chancen haben. ■

Projekt #NeueChancen
Wertschätzung für Bildung und Arbeit
Projektleiter: Oliver Kaczmarek
Stellvertreterin: Daniela De Ridder

Ein gerechtes Bildungssystem und eine hohe Qualität der Bildung schließen sich nicht aus, sie bedingen einander. Mehr Wertschätzung und Unterstützung für die duale Berufsausbildung, Aufstieg durch Bildung, und jungen Erwachsenen ohne Abschluss eine zweite Chance zu ermöglichen – das sind zentrale Ziele sozialdemokratischer Bildungspolitik.



Oliver Kaczmarek

Mit dem Projekt **#NeueChancen** will die SPD-Fraktion Wege zu einem fairen und erfolgreichen Bildungssystem entwickeln. Bildung und Arbeit sollen sich lohnen – nicht nur für Akademikerinnen und Akademiker. ■

Projekt #NeuerZusammenhalt
Gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland

Projektleiter: Carsten Sieling
Stellvertreter: Jens Zimmermann

Ein Leitprinzip des Grundgesetzes ist, dass die Menschen überall im Land die gleichen Chancen haben, egal ob Nord oder Süd, Ost oder West. Die Herausforderung besteht dabei darin, auch in benachteiligten Regionen eine angemessene Grundausstattung öffentlicher Daseinsvorsorge zu ermöglichen.



Carsten Sieling

Mit dem Projekt **#NeuerZusammenhalt** arbeitet die SPD-Fraktion daran, dass es in Deutschland auch räumlich gerecht zugeht. ■



Sabine Poschmann

Projekt #NeueErfolge
Vorsprung durch Innovation
Projektleiterin: Sabine Poschmann
Stellvertreter: Dirk Wiese

Die Projektgruppe stellt die Fragen nach Deutschlands wirtschaftlicher Zukunft: Wie schaffen wir es, dass Innovation und neue Technologien das Leben der Menschen verbessern? Wie wecken wir Gründergeist, Risikobereitschaft und eine Kultur der zweiten Chance? Und wie können wir das Thema Datenschutz zu einem Standortfaktor machen?

#NeueErfolge – das heißt, die Potenziale einer freien Forschung sowie unternehmerische Kreativität freizusetzen und eine Innovationspraxis zu etablieren, die allen zu Gute kommt. ■



Marina Kermer

Projekt #NeueLebensqualität
Morgen gut leben
Projektleiterin: Marina Kermer
Stellvertreter: Carsten Träger

Wie genau ein gutes Leben aussieht, muss jeder für sich entscheiden, ohne staatliche Bevormundung. Die Politik muss die Voraussetzungen dafür schaffen. Eine gesunde, qualitätsvolle Ernährung; eine artgerechte Tierhaltung; eine umweltgerechte Landwirtschaft und die Reduzierung von Lärm, Luftverschmutzung und Umweltgiften. Das sind die Punkte, mit denen sich das Projekt auseinandersetzt.

#NeueLebensqualität bedeutet, dass wir eine intakte Umwelt, Gesundheit, qualitätsvolle Ernährung und verantwortungsvollen Konsum nicht als Luxusthema begreifen, sondern als das, was es ist: als Voraussetzung dafür, dass wir auch morgen „gut“ leben können. ■

IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion
Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Redaktionsschluss: 23. April 2015
Herstellung: Network Media GmbH
Redaktion: Stefan Hintermeier, Anja Linnekugel, Alexander Linden, Jasmin Hihat, Gero Fischer
Texte: Gero Fischer
Druck: Frankenpost Verlag GmbH

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.
Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:
– **per Post:** SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin
– **per Mail:** oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de
– **per Fax:** 030/22756800